

Kein Land für Linke

Vor 50 Jahren Bei einer Einweihungsfeier an der PH Freiburg kommt es im Februar 72 zu einem Eklat: Ein Jungmarxist attackiert den CDU-Ministerpräsidenten mit Worten.

Von Frank Buchmeier

Zu Beginn seiner Stippvisite an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg wird Hans Filbinger so hofiert, wie er es gewohnt ist. Als er am Nachmittag des 23. Februar 1972 aus dem Fond seiner Dienstlimousine steigt, verbeugt sich Rektor Johann Bauer vor ihm: „Es ist mir eine Ehre, Herr Ministerpräsident, Sie bei uns begrüßen zu dürfen!“ Filbinger schreitet in das neue Institutsgebäude und spricht routiniert sein Grußwort: Es sei ein Freudentag, da Platz für zusätzliche Studienplätze geschaffen worden sei – und so weiter. Die Ehrengäste applaudieren. Filbinger nimmt in der ersten Stuhlleihe Platz. Als Nächstes hat der Studentenvertreter Fronemann das Wort. Gleich wird die Stimmung im Saal kippen.

Gerlach Fronemann, 76, hätte nicht damit gerechnet, dass er noch einmal mit einer Rede konfrontiert wird, die er vor einem halben Jahrhundert gehalten hat. „Filbinger ist damals nach Freiburg gekommen, um sich selbst zu beweihräuchern“, erzählt er. „Dabei steckte das Land in einer Bildungsmisere.“

Nach dem Abitur in Achern und dem Wehrdienst beim Panzerbataillon 363 in Kilsheim beginnt Fronemann 1970 in Freiburg ein Lehrstudium, Fächerkombination: Englisch, Gemeinschaftskunde. Vom ersten Semester an tritt er an der PH als wortgewandter Klassenkämpfer in Erscheinung. Im Herbst 71 wird er vom Marxistischen Studentenbund Spartakus als Kandidat für den Vorsitz des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) nominiert. „Statt



Hans Filbinger hat 1972 Grund zum Feiern: Bei der Landtagswahl gewinnt der Ministerpräsident mit seiner CDU die absolute Mehrheit.

Foto: Sven Simon

tenausschusses (AStA) nominiert. „Statt dem kapitalistischen System zu dienen, muss sich die Hochschule zu einem kreativen Unruheherd entwickeln“, fordert Fronemann – und wird für diese revolutionären Töne von den Studenten ins Amt gewählt.

Im Stuttgarter Landtag führt derweil Hans Filbinger eine große Koalition an. Zwischen dem CDU-Ministerpräsidenten und seinen sozialdemokratischen Partnern knirscht es gewaltig, weil Filbinger die Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt torpediert. Die Stuttgarter Zeitung schreibt am 3. Februar 1972: „Dies ist die schwerste aller bisherigen Koalitionskrisen, weil sich die Parteien in einer zentralen Frage nicht einig sind. Ursächlich sind unüberbrückbare ideologische Differenzen.“

Die politischen Lager sind klar verteilt. Rechts stehen die Konservativen um Filbinger, seinen rheinland-pfälzischen Amtskollegen Helmut Kohl und den CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, die sich als Verteidiger westlicher Werte begreifen. Links sammeln sich Brandts Gefolgsleute wie der Ost-Bevollmächtigte Egon Bahr oder der baden-württembergische Innenminister Walter Krause, die, wie Krause seinerzeit im Landtag sagt, „zum Wohle aller Menschen die trennenden Schranken abbauen wollen“.

Mitten in dieser weltpolitischen Debatte reist Hans Filbinger nach Freiburg, um das

frisch erbaute Hochschulgebäude KG 2 einzuweihen. Und nun steht dort, keine zehn Meter von ihm entfernt, ein langhaariger Jungmarxist am Mikrofon und greift ihn für eine „verfehlte Bildungspolitik“ an, die die „bestehenden Machtverhältnisse festigt, anstatt für Chancengleichheit zu sorgen“. Viele seiner Kommilitonen, beklagt der AStA-Vorsitzende Fronemann, würden in Freiburg unter „katastrophalen sozialen Bedingungen studieren“. Keine Wohnheime, stattdessen Wuchermieten. Eine völlig unzureichende Mensa. Überfüllte Vorlesungen und Seminare. „Herr Ministerpräsident, Sie haben offenbar kein Interesse an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Studenten!“ Noch während Fronemann so redet, verlässt Filbinger den Saal – „im Zorn“, wie sein Sprecher Gerhard Mayer-Vorfelder berichtet.

Umgehend entschuldigt sich der Philosophieprofessor Walter Hoeres im Namen der PH für den Auftritt des Studentenvertreters: „Fronemann hat gegen alle Anstandsregeln der Gastfreundschaft verstoßen. Die Vorstellung ist grotesk, dass solche Studierenden in kürzester Zeit unsere Kinder in den Schulen zum Verständnis und zur Bejahung der freiheitlichen Grundordnung der Bundesrepublik führen sollen.“ Und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten schreibt in einem offenen Brief: „Nach diesem Alleingang des AStA-Vorsitzenden bleibt zu hoffen, dass alle demokratischen Kräfte erwachen und dem unverschämten Treiben radikaler Gruppen ein Ende machen.“

Am Tag nach dem Eklat gibt der baden-württembergische Kultusminister Wilhelm Hahn (CDU) bekannt, dass über weitere Projekte für die PH Freiburg wie eine neue Mensa und Sportanlagen ein Baustopp verhängt werde. Diese Entscheidung habe nichts „mit der Attacke gegen die Bauherren während des Übergabeakts des neuen Instituts am Mittwoch“ zu tun. Ursächlich sei allein die schlechte finanzielle Lage des Landes.

Die Mehrheit der Baden-Württemberger vertraut ihrem Ministerpräsidenten. Auch ein Artikel über Filbingers Vergangenheit als NS-Marinerichter, den der „Spiegel“ am 10. April 1972 veröffentlicht, kann sein Ansehen in der breiten Bevölkerung nicht schmälern – im Gegenteil: Zwei Wochen später erreicht die CDU bei der Landtagswahl zum ersten Mal die absolute Mehrheit.

Filbinger kann nun ohne Koalitionspartner regieren und konsequent gegen seine politischen Gegner vorgehen. Den sogenannten Radikalenerlass, der Anfang des Jahres von der Innenministerkonferenz beschlossen wurde, lässt er in Baden-Württemberg kompromisslos umsetzen. „Destruktive

Kritik am demokratischen Staat, illusionäres Wunschenken und Aggressivität gegen realpolitisches Handeln – das hat den Nährboden für politisch motivierte Gewalt geschaffen“, sagt Filbinger in einer Plenarsitzung am 22. Juni 1972. „Die Landesregierung wird ihre Aufgabe so handhaben, dass das Geld des Steuerzahlers nicht für Einrichtungen missbraucht wird, an denen der Radikalismus gelehrt wird.“ Ein gutes Jahr später, im Oktober 1973, beschließt die CDU-Regierung, dass jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst vom baden-württembergischen Verfassungsschutz überprüft werden muss.

Zu jenen, die von dieser Regelung betroffen sind, gehört auch Gerlach Fronemanns jüngere Schwester: „Gerlinde musste sich jahrelang juristisch mit dem Land streiten, ehe sie endgültig das Recht zugesprochen bekam, in ihrem Beruf arbeiten zu dürfen.“

1977, nach der zweiten Staatsprüfung für das Lehramt und der Probezeit, soll Gerlinde Fronemann aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden. Die Sonderschullehrerin habe, so wird ihr von den Behörden vorgeworfen, Veranstaltungen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) besucht. Erst 1985 hebt das Bundesverwaltungsgericht die Entlassungsverfügung durch das Oberschulamt Karlsruhe auf.

Vermutlich hätte ihr Bruder einen ähnlich beschwerlichen Weg durch alle Instanzen beschreiten müssen, wenn er tatsächlich Englisch- und Gemeinschaftskundelehrer geworden wäre. Doch die Studienzeit endet für Gerlach Fronemann am 2. April 1972 abrupt: In den Semesterferien schläft er als Aushilfsfahrer am Steuer eines Lastwagens ein. Acht Monate benötigt er, um nach dem

Unfall wieder auf die Beine zu kommen. Seine Studentebude in Freiburg hat er derweil verloren, und die PH erscheint ihm nun zu eng für seinen freien Geist. „Ich wollte lieber andere Länder und Kulturen entdecken.“

Einige Jahre ist der Fernfahrer Gerlach Fronemann auf europäischen Straßen unterwegs. Dann beschließt er, als freier Journalist für Lkw-Fachmagazine zu schreiben. Bis heute berichtet Fronemann über die Menschen am Lenkrad und ihre Zugmaschinen. Er ist seit 44 Jahren verheiratet, hat zwei Kinder, zwei Enkel und lebt in Leipzig. Politisch, sagt er, stehe er nach wie vor links. Wenn für Menschenrechte, Klimaschutz oder Lohnerhöhungen demonstriert wird, marschieren er und seine Frau mit. „Ich träume noch von einer solidarischen Gesellschaft“, sagt er. „Doch leider sind die meisten Menschen nur mit sich selbst beschäftigt.“

Seinem politischen Antagonisten Filbinger ist Gerlach Fronemann nie mehr begegnet. Den jähen Absturz des Ministerpräsidenten hat er gebannt über die Medien verfolgt. 1980, kurz vor seinem 65. Geburtstag, muss Filbinger zurücktreten: Die „Zeit“ und das ARD-Magazin „Panorama“ haben aufgedeckt, dass er als NS-Marinerichter noch kurz vor Kriegsende fahnenflüchtige Matrosen zum Tode verurteilt hatte.

Hans Filbinger stirbt 2007 in Freiburg.

„Die Landesregierung wird ihre Aufgabe so handhaben, dass das Geld des Steuerzahlers nicht für Einrichtungen missbraucht wird, an denen der Radikalismus gelehrt wird.“

Hans Filbinger, Ministerpräsident, in einer Rede im Landtag am 22. Juni 1972

„Herr Ministerpräsident, Sie haben offenbar kein Interesse an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung!“

Gerlach Fronemann, AStA-Vorsitzender, in seiner Rede in Freiburg am 23. Februar 1972



„Ich stehe noch immer links“: Gerlach Fronemann, 76, ist seinen politischen Überzeugungen treu geblieben. Foto: Lichtgut/Julian Rettig

FEBRUAR 1972: WAS SONST NOCH IN STUTTGART UND BADEN-WÜRTTEMBERG GESCHAH

7. Februar Mit der Begründung, dass sie die Kehrwoche nicht gemacht habe, hat die Stuttgarter Wohnungs- und Siedlungsbaugesellschaft der gehbehinderten Margit J. gekündigt. Auch wenn die Mieterin einer Sozialwohnung in der Makrelenstraße nach einem zweimonatigen Krankenhausaufenthalt nicht selbst in der Lage gewesen sei, das Treppenhaus zu reinigen, so sei sie doch „zur Einhaltung der entsprechenden vertraglichen Bestimmungen verpflichtet“, schreibt

die Wohnungsgesellschaft: „Für unser Unternehmen gibt es keine Kranken oder Alleinstehenden, sondern nur gleichberechtigte Mieter.“

10. Februar Die Stuttgarter Straßenbahnen AG hat ihre ersten Wagenführerinnen. Vier ehemalige Schaffnerinnen hatten zuvor eine sechswöchige Fortbildung erfolgreich absolviert. „Wir sind froh darüber“, sagt der Personalchef Kurt Burkhardt, der wegen eines Nachwuchsmangels im Stra-

ßenfahrerberuf um Frauen geworben hatte. Allerdings habe er Protestschreiben von Männern erhalten, „die Vorurteile pflegen, die längst widerlegt sind“. In der DDR, so Burkhardt, seien Straßenbahnführerinnen nämlich längst völlig normal.

24. Februar Das Verwaltungsgericht Sigmaringen stellt fest, dass der Gesang von Heintje „künstlerisch nicht hochstehend“ sei. Vorgegangen war ein Streit zwischen dem Regierungspräsidium Süd-

württemberg-Hohenzollern und Heintjes Konzertagentur, die nicht bereit gewesen war, für einen Auftritt des 17-jährigen Schlagerstars Vergnü- gungssteuer zu zahlen. Der vom Gericht beauftragte Gutachter Guido Waldmann, Professor in der Trossinger Musikhochschule, kam indes zu dem Schluss, Heintjes Repertoire sei „durch eine besonders triviale und flache Rührseligkeit geprägt“. Die geforderte Vergnü- gungssteuer, so der Richter, sei somit rechtmäßig. *buc*